



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 274. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 16. Juni 1879.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

59. Sitzung vom 14. Juni.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, Herzog, Mayr und Andere.

Eingegangen ist ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Controle des Reichshaushalts-Etats für 1879-80 und des Etats für Elsaß-Lothringen für 1879.

Das Haus setzt die erste Verathung des Gesetzesentwurfes, betr. die Verfassung und Verwaltung von Elsaß-Lothringen fort.

Abg. v. Puttkamer (Königsberg) begrüßt die Vorlage mit Freuden, weil sie den Wünschen des Landes entgegenkomme und doch die nöthige Rücksicht auf die Interessen des Reiches nehme. Wie notwendig die Vorlage bei allen Angelegenheiten des Reichslandes sei, habe gestern die Rede des Abg. Guerber gezeigt, der die Verhältnisse im Lande durchaus unrichtig so darstellte, als ob die Bevölkerung unter dem Belagerungsstande zittere. Nach der Vorlage solle ein Statthalter an die Spitze der Verwaltung treten. Der Reichskanzler hätte sehr gut oberster Chef der Verwaltung bleiben können, es wäre dann ein Stellvertreter nach dem Gesetz von 1878 delegiert worden, vielleicht der Oberpräsident, unter dessen Leitung die Bezirks-Präsidenten mit erweiterter Befugnis fungieren könnten. Damit wäre dem Bedürfnis vollständig genügt worden. Der Statthalter solle nun der alter ego des Kaisers werden. Er würde — mit landesherlichen Befugnissen ausgerüstet — der politische und sociale Mittelpunkt des öffentlichen Lebens werden. Zugleich aber sei er der oberste Minister, denn der Reichskanzler scheide vollkommen aus der Verwaltung der Reichslande aus bis auf den Punkt, daß er dem Kaiser den Rath zur Ernennung und Abberufung des Statthalters ertheile und — wo es nöthig sei — die Reichsgesetzgebung für das Reichsland in Bewegung setze. Der Abgeordnete Guerber betrachte die Stellung des Statthalters nur als eine provisorische, weil es heiße: „der Kaiser kann landesherliche Befugnisse einem Statthalter übertragen.“

Die Motive sagen ausdrücklich, daß es sich nur um einen Versuch handle; wenn er mißlinge, gehöre das ganze Gesetz der Geschichte an. Darüber dürfe man sich keinem Zweifel hingeben. Der Statthalter müsse den Dictatur-Paragraphe haben und erst, wenn er die Verhältnisse des Landes geprüft habe, könne er aus freier Initiative vielleicht darauf verzichten. Was die Organisation des Ministeriums angehe, so nehme er zunächst an, daß dasselbe kein Collegium sein solle; an der Spitze solle der Staatssekretär stehen, der politisch verantwortliche Beamte, unter welchem die Unterstaatssekretäre als rein technische Beamte fungieren würden. Bei der in den Motiven aufgestellten Dreitheilung: 1) Inneres und Unterricht, 2) Justiz und Cultus und 3) Finanzen und öffentliche Arbeiten, vermisse er ein eigenes Ressort für den Staatssekretär, der somit ein Minister-Präsident ohne Portfeuille sein würde. Ferner sei die Trennung von Unterricht und Cultus zu tadeln, wenn sie auch augenblicklich in Frankreich bestehe und in Deutschland von diesen Seiten gefordert werde; Staat und Kirche müßten zur sittlichen Erziehung des Volkes zusammenwirken. Der Staatssekretär müsse Inneres, Cultus und Unterricht für sich in Anspruch nehmen, dann könnte ohne Vermehrung der Zahl der Unterstaatssekretäre noch die dringend notwendige Abtheilung für Handel, Verkehr und öffentliche Bauten gebildet werden. Die Einrichtung des Staatsrathes begrüßt Redner mit Freude, leider habe nur der commandirende General in demselben keine Stelle gefunden. Zu wünschen sei, daß der Staatsrath sich allmählig zu einem Oberverwaltungsgericht für die Reichslande herausbilde.

Die numerische und Competenz-Erweiterung des Landesausschusses sei ebenfalls als ein Fortschritt zu begrüßen und besonders der Wahlmodus ein durchaus conferativer zu nennen. Die Frage, ob die Stellen der Bezirkspräsidenten und die Dreitheilung des Landes bei der neuen Organisation beizubehalten seien, dürfte wohl aufgeworfen werden, in welchem Maße als Gegengewicht gegen den dort befindlichen militärischen und kirchlichen hohen Beamten ein hoher Verwaltungsbeamter vorhanden sein. Wie das Land die Vorlage aufnehmen werde, müsse man abwarten, dürfte aber hoffen, daß sich bei den notwendig werdenden Neuwahlen die Mehrheit auf die Seite derjenigen stellen werde, die sich so eng als möglich an die Regierung anschließen. Was die in den Bundesrath abzuordnenden Commissare angehe, so stimme er, Redner, dieser Einrichtung vollkommen bei. Die Hauptfrage werde aber die Auswahl des richtigen Mannes sein, der es verstehe, das Land zu einem lebendigen Gliede des Reiches zu machen. Wenn auch innere Stürme, die ja nicht ausbleiben würden, an seinem Banner rütteln sollten, so müßte aus den Falteln desselben stets die Devise hervorleuchten: Für Kaiser und Reich. Denn nur in dieser Devise sei das Wohl des Landes beschlossen. (Beifall.)

Abg. Windthorst: Die Richtung des Entwurfs, der die bekannten Ideen des Reichskanzlers formuliert, findet meine volle Billigung. Meine Partei hat schon 1871 eine constitutionelle Verfassung für Elsaß-Lothringen verlangt, ein Gedanke, dem man jetzt näher kommt. Im Einzelnen habe ich jedoch große Bedenken. Ich schätze die Bedeutung des Statthalters nicht so hoch, wie der Vorredner. Seine Functionen sind solche, welche nach französischem Rechte dem Monarchen, nach deutscher Auffassung aber den Ministern zukommen. Wollte man ihm weitere Befugnisse geben, so wäre es wohl besser gewesen, nach französischem Muster noch ein besonderes Ministerium mit einem eigenen Präsidenten zu bilden. Noch eher aber hätte man als Modell die Verfassung Hannovers zu der Zeit, wo es von nicht im Lande residirenden Königen regiert wurde, nehmen können. Hier hatte man ein Ministerium mit sehr hohen Befugnissen, einen Minister, der bei der Person des Königs verweilte, aber nicht aus sich heraus handelte, sondern in den einzelnen Fragen mit den Rathen in Verathung trat. Die Stellung des Statthalters ist mir darum nicht sympatisch, weil nicht klar ist, für welche Handlung er verantwortlich ist, und für welche nicht. Er ist offenbar für alle diejenigen Handlungen, welche er nicht als Vertreter des Landesherren, sondern des Reichskanzlers vornimmt, verantwortlich. Daß er in dieser Eigenschaft mit dem Reichstage in Verührung kommt, ist nirgend bestimmt, während doch der Reichskanzler uns verantwortlich war. Ebenso wenig aber finde ich eine Bestimmung darüber, ob er dem Landesausschusse gegenüber verantwortlich ist. Ich möchte über diese Frage von einem Vertreter des Bundesrathes Auskunft haben, desgleichen darüber, ob der Reichskanzler, der die Ernennung des Statthalters contrasignirt, oder eine andere Persönlichkeit dem Kaiser diejenigen Angelegenheiten vorlegt, über welche demselben die Entscheidung vorbehalten ist. Im Interesse des föderativen Charakters des Reichs, bei welchem die Souveränität über die Reichslande ruht, sollte der Umfang der Befugnisse des Statthalters nicht bloß durch kaiserliche Verordnung, sondern unter Mitwirkung des Bundesrathes bestimmt werden.

Als Vertreter des Reichskanzlers wird er auch die außerordentlichen Befugnisse des Dictaturparagraphe erhalten. Es wäre mir lieber, wenn er diese so wichtigen Befugnisse als Vertreter des Landesherren ausüben hätte, so daß alle daraus resultirenden Verordnungen einer Contrasignatur des Staatssekretärs bedürften, sofern überhaupt der § 10 aufrecht zu erhalten ist. Das im § 5 vorgeschlagene Ministerium verdient eigentlich diesen Namen nicht. Die Minister sind nur vortragende Räte, im besten Falle Abtheilungs-Dirigenten. Der Staatssekretär ist gleichsam allmächtig. Statt dieser bürokratischen Einrichtung hätte man ein wirklich collegiales Ministerium schaffen sollen. Der Staatsrath hat meinen besonderen Beifall. Ich wünsche, wir hätten einen solchen auch für das Reich. Doch ist in dem Entwurf nicht Rücksicht darauf genommen, daß die genügende Zahl von Eingeborenen der Reichslande in dem Staatsrath ist. Für die größere Ausstattung mit Vertretungsbefugnissen haben die Reichslande alle Ursache, recht dankbar zu sein; nur sollten die Wahlen zum Landesausschusse aus directen Wahlen hervorgehen oder wenigstens sollten die Wahlen durch die Bezirksräthe gänzlich abgekauft werden, damit diese von einer etwaigen Auflösung des Landesausschusses unabhängig bleiben und nicht nach politischen Motiven zusammengelegt werden. Der § 10 des Gesetzes vom 30. December 1871 sollte ganz aufgehoben werden, derselbe hat zu vielen Beschwerden Veranlassung gegeben. Daß die Unter- und geistlichen Angelegenheiten getrennt werden, finde ich nicht in

der Ordnung, da in Elsaß-Lothringen die Kirche vom Staate nicht getrennt ist. So wie in den Ländern mit überwiegend protestantischer Bevölkerung, z. B. Preußen, das Cultusministerium immer in der Hand eines Protestanten war, so müssen in den Reichslanden die Cultus- und Unterrichtsangelegenheiten von einem katholischen Beamten verwaltet werden. Schließlich bitte ich bei dieser Gelegenheit die Elssässer, die ihnen mehr Freiheit gegeben wird, sich an den öffentlichen Geschäften mehr zu betheiligen. An der Seite stehen und im Winkel schmollen, kann dem subjectiven Gefühl genügen, aber nicht dem Interesse des Landes dienen, dem man angehört. Auch die ausgewanderten Elssässer sollten jetzt zurückkehren, sie haben Unrecht gethan, ihr Vaterland in der Noth zu verlassen. Ich hoffe, daß wir durch Gewährung größerer Freiheit Elssässer-Lothringern dauernd an uns fesseln werden, als durch zu große Vorsicht und einen großen militärischen Apparat.

Abg. v. Puttkamer (Frankfurt): Aus den bisher über diesen Gegenstand gehaltenen Reden schöpfe ich die Ueberzeugung, daß wir dieses Gesetz zu Stande bringen und damit zur Consolidierung der Verhältnisse und zur Verhütung der Bevölkerung der Reichslande wesentlich beitragen werden. Die facultative Fassung des § 1 ist eine notwendige Consequenz der Thatsache, daß hier nur ein Theil der Souveränität des Kaisers auf den Statthalter übertragen wird. Wir finden eine analoge Bestimmung in der luxemburgischen Verfassung. Durch dieselbe werden auch engere Beziehungen zwischen dem Statthalter und dem Kaiser hergestellt. Es können auch Ereignisse eintreten, die es rathsam erscheinen lassen, von dieser Befugnis keinen Gebrauch zu machen. Es können Momente eintreten, wo der Statthalter als administrative Persönlichkeit sich nicht im Einklang befindet mit den im Interesse der Sicherheit des Grenzlandes etwa notwendig werdenden politischen und militärischen Maßregeln. Der Abg. Guerber hat zwar behauptet, in dieser Verfassung hätten die Bureaus des Löwenantheils für sich gehalten. Die Autonomie des Landesausschusses wäre in keiner Weise vermindert. Ich bin aber der Meinung, daß derselbe durch die Gewährung des Initiativrechts eine wirklich politisch parlamentarische Körperschaft geworden ist, und daß damit jede wesentliche Schranke für die Weiterentwicklung beseitigt ist. Für die Publicität der Verhandlungen des Landesausschusses ist in genügender Weise gesorgt, ein Sitzungsbericht, der ein anschauliches Bild der Verhandlungen giebt, wird möglichst schnell redigiert und als Beilage aller größeren Journale, die sich darum bewerben und aller offiziellen Gemeindezeitungen verbreitet. Man verlangt directe Wahlen zum Landesausschusse, ich glaube aber, daß man in einem Lande, in dem notorisch ein großer Theil der Bevölkerung den neuen Einrichtungen wenig freundlich gesinnt ist, die ruhige und stetige Entwicklung der Verhältnisse nicht durch ein Wahlsystem compromittiren darf, das viele der neuen Verhältnissen feindliche Elemente heranzieht.

Judem hat sich der jetzige Landesausschuss in seiner schwierigen Stellung mit einer solchen Selbstständigkeit gegen die Regierung so als wahrer Repräsentant des Landes bewährt, daß es nicht angezeigt erscheint, ihn aufzulösen in einem Augenblicke, wo der Senat des republikanischen Frankreichs nach einem weniger freien Wahlmodus gewählt wird. Eine Vermehrung der Macht der Bureaus vermag ich in dieser Vorlage nicht zu erkennen, es wird nur dem Wunsche des Landes gemäß ihr Amtssitz von Berlin nach Straßburg verlegt. Wenn es richtig ist, daß nach dieser Vorlage der Staatssekretär allein die politische Verantwortlichkeit trägt und die Unterstaatssekretäre nur hochgehaltene vortragende Räte sind, wie der Abg. Windthorst meint, dann erledigt sich dadurch auch das Bedenken, welches man gegen die Trennung des Cultus von dem Unterrichtsressort erhoben hat. Die Verantwortlichkeit eines anderen Mittelgliedes zwischen der Regierung in Straßburg und dem in Berlin weilenden Monarchen außer dem schon bestehenden Civilcabinet vermag ich nicht anzuerkennen. Wotiren wir dieses Gesetz als einen weiteren Schritt in der Entwicklung, den die ganze politische Verwaltung des Reichslandes seit 8 Jahren genommen hat und in der Hoffnung, daß es dazu beitragen wird, Elsaß-Lothringen auch innerlich dem Mutterlande wiederzugeben!

Unterstaatssekretär Herzog: Ich habe bereits gestern ausgesprochen, daß zwar das Amt des verantwortlichen Ministers für Elsaß-Lothringen von demjenigen des Reichskanzlers, mit dem es bisher verbunden sei, getrennt werde, daß aber diese Trennung die rechtliche Lage der Sache in dem entscheidenden Punkte unberührt lasse, daß die constitutionelle Verantwortlichkeit gegenüber dem Reich und dessen Verwaltung unverändert bleibe und von dieser Verwaltung nach wie vor getrennt gemacht werden könne. Diese meine Aeußerung beruhte auf der Erwägung, daß im § 2 der Vorlage der Uebergang aller Obliegenheiten des Reichskanzlers in Elsaß-Lothringen auf den Statthalter ausgesprochen ist und daß zu diesen Obliegenheiten auch die constitutionelle Verantwortlichkeit gehört. Die Motive bestätigen dies. Damit schließt die erste Verathung; die zweite Verathung wird im Plenum stattfinden.

Es folgt die erste Verathung des Gesetzesentwurfs, betr. die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des deutschen Zollgebiets. Abg. Dr. Klugmann: Die Bemerkungen, für die statistische Ermittlung des Waarenverkehrs mit dem Auslande sichere Grundlagen zu gewinnen, begegnen vor Allen der Schwierigkeit, daß die Abgrenzung der wirtschaftlichen Gebiete nicht mit den Landesgrenzen zusammenfällt. Ein solches Verhältniß kann immer nur künstlich hergestellt werden. Die statistische Ermittlung des Verkehrs an einer gewissen Linie kann aber nicht ohne Störung und Verletzung natürlicher Verkehrsbeziehungen stattfinden. Eine gerechte und verständige Abwägung der hiernach einander entgegenstehenden Interessen wird aber immer dahin führen müssen, das Interesse der Ermittlung dem des zu ermittelnden Interesses nachzugeben. Nun ist zugleich mit der statistischen Wissenschaft und Erforschungskunst auch die Sensibilität des Verkehrs außerordentlich gesteigert in Folge der Entwicklung der modernen Verkehrsmittel. Dieses Verhältniß mußte gerade in Beziehung auf Deutschland besonders berücksichtigt werden, denn die uns durch die geographische Lage gebotenen Vorzüge sind doch nicht mehr so überwiegend, daß sie nicht gerade in Folge der Entwicklung der Verkehrsmittel durch künstliche Hemmnisse leicht überboten werden könnten. Einer erreichbaren Verbesserung der statistischen Ermittlung des Waarenverkehrs im Auslande zu widerstreben, liegt mir fern, im Gegentheil halte ich sie für wünschenswerth, um die vielen irrtümlichen Vorstellungen, die durch die gegenwärtigen Ermittlungen in weiten Kreisen des Publikums, ja auch in diesem Hause verbreitet sind, für die Folge, wenn auch nicht zu beseitigen, so doch zu ermäßigen. Es ist zugegeben, daß die Aufstellung einer Anmeldepflicht für die Verbesserung der Statistik unumgänglich scheint, die Vorlage enthält deshalb auch das System der Controle und es wird sogar eine eigene Abgabe für nöthig erachtet, um die Verletzung einfacher Ordnungsvorschriften als Defraudation öffentlicher Gefälle erscheinen zu lassen.

Der Zweck der Vorlage kann jedoch nur erreicht werden, wenn man den guten Willen der Handelsreisenden für die Sache gewinnt. Den Beamten der Transportanstalten und denjenigen, welche Güter gewerbetreibend befördern, sind im § 6 Verpflichtungen auferlegt und Befugnisse zugesprochen, die mit ihren Transportinteressen im Widerspruch stehen. Ich stelle daher Ihrer Erwägung anheim, welche Bedeutung solche Controllen haben. Was die Controle durch die Grenzbeamten betrifft, so wird diesen der Werth der ganzen Sache erst dann klar werden, wenn mit der Anmeldung auch eine Abgabenerhöhung verbunden wird. Wird aber die Abgabe im Wesentlichen gleichmäßig bestimmt, so fällt aus dem Gesichtspunkte des Steuerbeamten jedes Interesse der Entscheidung fort. Das fiscofische Interesse conjungirt sich mit der richtigen Abgabenerhebung. Man sollte mit größerem Vertrauen, als es in der Vorlage geschieht, sich an die Intelligenz und an das Entgegenkommen des handelsreisenden mit dem Auslande in Verkehr stehenden Publikums wenden, damit es die Hülfe der bestehenden Handels-Corporationen in Anspruch nimmt, die doch eine große Localstatistik über die Waaren haben. Eine solche Statistik müßte alle veratorischen Maßregeln allerdings vermindern. Die Vorstellung, daß die Erfüllung der statistischen Aufgaben allein den Lehrlingen in den kaufmännischen Geschäften zufällt, ist unrichtig, jedenfalls ist es bei Commissionen und Expeditionen-Geschäften geradezu unmöglich, weil eine genaue Kenntniss des Tarifs resp. statistischen Waarenzeichnisses und der Waarenkunde vorausgesetzt wird. Ferner richten sich meine Bedenken vornehmlich gegen die statistische Gebühr. Dieselbe

trägt einen ganz supplementären Charakter, indem dieselbe dadurch gerechtfertigt sein soll, daß durch die Einführung der Bestimmung ein großer Kostenanfall erforderlich wäre für den Umfang und die Mehrbelastung des Budgets. Der Ertrag der statistischen Gebühr würde sich aber nach ungefähren Berechnungen immerhin noch auf das Doppelte der entstehenden Mehrkosten belaufen.

Ein weiteres Motiv wird entnommen aus einer angeblich vielfach aus den Kreisen des Handels- und Gewerbestandes genommenen Ansicht von nach Sattung und Mengen der angelandeten Waaren nicht gleichzeitig zu erheben sein würden. Woher diese Ansichten kommen, darüber haben die Motive nichts Näheres angeführt. In Wirklichkeit ist doch die Annahme unhaltbar, daß das Ausfließen ein und derselben Stempelmarke die Genauigkeit in der Unterscheidung bei den Anmeldungen irrendwie sicher stellen soll. Die Motive nehmen dies auch nur an bezüglich der Unterscheidung des Waarenverkehrs durch das Auslande in das Inlande und den Durchfuhr im Gegensatz zur Ein- und Ausfuhr. Aber der § 7 der Vorlage erfordert schon die spezielle Angabe des Herkunft- und Bestimmungslandes bei jeder Anmeldung. Hierfür würde ja dann doch die Unterscheidung oder vielmehr Nichtanwendung der statistischen Angabe nicht mehr erforderlich sein. Und will man sich der Erwägung entziehen, daß gelegentlich gerade die Erhebung der statistischen Abgabe in einem ganz entgegengesetzten Sinne wirken kann als die Motive es annehmen? In Frankreich, auf dessen Beispiel die Motive hinweisen, bestreitet man trotz der statistischen Abgabe die Möglichkeit der Handelsausweise ebensowohl wie in anderen Ländern, wenn ihre Ergebnisse den Interessen nicht entsprechen. In Frankreich wird das droit statistique als eine Art enrégistrement betrachtet, steht demnach zum französischen Steuerwesen in einem ganz anderen Verhältnisse, als die statistischen Angaben bei der deutschen Versteuerung einnehmen werden. Der Ertrag der Gebühr wird in Frankreich auf 6-8 Millionen Francs geschätzt. Daß in Italien die statistische Abgabe kürzlich wieder aufgehoben worden ist, berücksichtigt die Motive gar nicht. Ich beantrage die Verweisung der Vorlage an eine Commission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung.

Abg. v. Minnigerode legt großen Werth darauf, daß der Entwurf noch in dieser Session Gesetz werde; er fülle eine Lücke aus, die gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo man den neuen Zolltarif verthe, doppelt empfindlich sei. Eine große Einnahme werde die statistische Gebühr nicht geben, sondern nur die erkrankenden Mehrkosten decken. Der jetzige Entwurf enthalte gegen den vorjährigen eine Erweiterung, die keine Verbesserungen seien; es seien nämlich Vorschriften, die in die Ausführungs-Verordnung gehörten, in das Gesetz aufgenommen. Es empfehle sich, das Gesetz so generell als möglich zu fassen, desto mehr könnte man in den Ausführungs-Bestimmungen den Einzelheiten gerecht werden. Redner empfiehlt die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission zur schleunigen Vorberathung.

Abg. Stumm: Alle Bedenken gegen die Vorlage richten sich vornehmlich gegen die Höhe der Sätze; die statistische Gebühr darf unter keinen Umständen als Einnahmequelle gelten, sondern der Ertrag derselben darf nur die Mehrkosten decken. Durch den neuen Zolltarif wird der Export in gewissem Maße geschädigt, wenn auch nicht so sehr, wie von den Gegnern behauptet wird; deshalb darf man keine Mehrbelastung für den Export einführen, die nicht absolut notwendig ist. In Frankreich handelt es sich bei dem droit de statistique wesentlich um eine Finanzmaßregel. Nach meiner Rechnung würde die Einnahme aus diesem Gesetz circa 1,000,000 Mark betragen, die Mehrkosten dagegen würden sich nur auf 2-300,000 Mark belaufen; deshalb muß es die Aufgabe der Commission sein, die Sätze möglichst herunterzusetzen. Zu beseitigen wäre ferner die Vorschrift, daß gleichartige verpackte Waaren, sobald ein Collo mehr als 5 Kilo wiegt, nicht nach Waarenanmeldungen die statistische Gebühr entrichten sollen, während dies bei Verpackungen unter 5 Kilo zulässig ist. Dadurch würde z. B. auf Cement ein Ausfuhrzoll von circa 2½ Prozent des Werthes gelegt; ähnlich würde es bei Zucker und Getreide der Fall sein, die alle in größeren Colli's verpackt werden. Schon bei den beiden zuletzt genannten Gegenständen käme die Landwirthschaft zu kurz, noch mehr aber dadurch, daß für Vieh die Gebühr immer stückweise und niemals nach Wagenladungen entrichtet werden sollte. Diese Erleichterung bei der Verladung von Massengütern muß mehr ausgedehnt werden, als dies in der Vorlage geschehen ist. Hoffentlich wird die Commission das nützliche Gesetz bald durchberathen und der Reichstag es genehmigen.

Reichskanzleramt-Präsident Hofmann: Die verbündeten Regierungen sind von der Ueberzeugung ausgegangen, daß ohne Einführung einer Anmeldepflicht eine für die Zwecke der Handelspolitik brauchbare Statistik nicht geschaffen werden kann. Die Commission wird an dem Princip der Anmeldepflicht in dem Umfange, wie der Entwurf sie vorsieht, festhalten müssen. Die statistische Gebühr soll keine Finanzquelle sein, sondern nur die Kosten decken; sie soll die Statistik sicherer und brauchbarer machen und besonders die Durchfuhr, die von derselben frei bleibt, aus dem allgemeinen Verkehr ausschließen. Man darf die entstehenden Mehrkosten nicht zu gering anschlagen; der Vorredner hat sie zu niedrig bemessen. Denn es entstehen nicht bloß Mehrkosten beim statistischen Amt und bei den Zollämtern, sondern es müssen auch an Orten, wo keine Zollämter sind, Anmeldestellen errichtet werden, um den Verkehr zu erleichtern, was bedeutende Kosten verursacht.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Als ich im preussischen Abgeordnetenhause Zweifel gegen die Nichtigkeit der preussischen Statistik erhob, wurde mir von freihändlerischer Seite widersprochen. Seitdem der Reichskanzler dieselbe Ansicht geäußert hat, scheint man anderer Meinung zu sein. (Widerspruch links.) Eine Nichtigstellung der Statistik ist aber notwendig, wenn dadurch auch eine gewisse Hemmung des Verkehrs veranlaßt werden sollte. Ich bin der Ansicht der Vorredner, daß die Gebühren so niedrig bemessen werden müssen, daß eine Einnahme für das Reich daraus nicht resultirt. Zu der Störung des Verkehrs darf keine Vertheuerung kommen. Ich würde lieber einen Zufluß von Seiten des Reichs, als eine Mehreinnahme sehen. Die geforderten Werth-Declarationen müssen wegfallen. Sie sind weder richtig, wenn sie vom Abfender, noch wenn sie von der Anmeldestelle ausgefertigt werden. Im letzteren Falle verursachen sie auch eine erhebliche Verzögerung der Abfertigung. Von welcher Tragweite die im § 11 vorgeschlagene statistische Gebühr für Colli's ist, will ich an einem Beispiele illustriren. Aus Coblenz werden jährlich über 23,000 Körben mit Obst nach dem Auslande exportirt, nach dieser Gebühr würde das Obst mit 1 pCt. des Werthes getroffen. Auch die Abmessung der Gebührensätze, welche die Vorlage für Groß- und Kleindisch hat, entspricht nicht den Interessen der Landwirthschaft. Nach der Vorfassung der Vorlage würde ein Löwe im Käfig gebührenfrei, dagegen ein Hase oder ein Affe ohne Käfig gebührenpflichtig sein. Schon diese Kleinigkeit zeigt, daß die Vorlage nicht mit der nöthigen Vorsicht und Umsicht gearbeitet ist, und ich beantrage deshalb die Verweisung an eine Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. Karsten: Mit dem letzten Antrage bin ich einverstanden. Ich bedauere nicht, wie der Abg. v. Minnigerode, daß Ausführungsbestimmungen in dies Gesetz aufgenommen sind, weil sich daraus die Schwierigkeit der praktischen Handhabung dieses Gesetzes ergibt und klar wird, daß es in der jetzigen Gestalt unmöglich zur Annahme gelangen kann. Eine Reihe von Paragraphe sind so unklar gefaßt, daß sie Widersprüche zeigen. Die Tarifirung des § 11 halte auch ich für zu hoch. Nach mir vorliegenden Facturen würde z. B. ein Schiff für seine Ladung von dem Freihafengebiet von Hamburg nach Stettin 1261 M. 85 Pf. statistischer Gebühr, und für seine Rückladung 2092 M. 18 Pf. entrichten müssen. Diese Beträge gehen weit über das Erforderniß der Dedung der Unkosten hinaus. Eine mir bekannte Fabrik, welche neun Zehntel ihrer Production exportirt, würde z. B. von ihren 220,000 exportirten Colli's 11,000 M. statistischer Gebühr entrichten müssen, und bedarf außerdem eines zahlreichen Personals für die Aufstellung der erforderlichen Listen. Die Statistik bedarf doch nur der Feststellung der Quantität des Exports, und es kann ihr deshalb gleichgültig sein, ob z. B. 100 Kilo Zee in einem oder in zehn Packeten exportirt werden. Man muß hierbei allerdings wesentlich auf das Interesse des Handels- und Gewerbestandes oder einer richtigen Statistik rechnen. Die dagegen herrschenden Vorurtheile beseitigt man aber nicht durch Maßregeln, wie

die hier vorgelegenen. Erforderlich werden die Zuschüsse zu den Erhebungs-
kosten werden am zweckmäßigsten aus den Mehreinnahmen der neuen Zölle
gedeckt.

Abg. Bamberger: Wenn ich mich auch im Ganzen zu den Vorschlägen
bejahend verhalte, so möchte ich doch gegenüber der großen Harmonie, die
auf allen Seiten herrscht, doch warnen, daß man sich nicht zu vielen Er-
wartungen hingibt. Man wird an der Statistik nicht nur mäßeln, wenn
ihre Resultate mit gewissen Defiziten in Widerspruch stehen, sondern sie
wird auch objectiv immer höchst ungenügend ausfallen müssen. In Deutsch-
land, speziell in Preußen, liegt man schon lange diesen Nachforschungen ob.
Die ersten Veranlassungen gehen bis auf den großen Kurfürsten zurück, und
unter Friedrich dem Großen hat man ja die Statistik außerordentlich culti-
viert. Wir haben hervorragende Statistiker seit 1809 gehabt in Krug, Hoff-
mann, Dietrich, die sich Engell angeschlossen. Man hat den letzteren in
neuester Zeit angegriffen, indem man ihm vorgeworfen hat, er verfahre
tendenzios. In gewissem Sinne kann man das von jedem Menschen sagen,
der bei einer wissenschaftlichen Arbeit sich von gewissen persönlichen Ueber-
zeugungen nicht lösen kann; daß aber eine abschließende Tendenz vorhan-
den sei, muß ich auf das entschiedenste bei diesem hochberühmten und in
ganz Europa anerkannten Mann in Abrede stellen. Aber aus einem an-
deren Grunde fürchte ich, daß die Resultate der Statistik, die für die Zu-
kunft geschaffen werden soll, den Erwartungen nicht entsprechen. Wir be-
ginnen eben jetzt eine neue Ära für die Statistik und für die Zollabfertigung
und deshalb wird jede Vergleichung, die wir zwischen der Vergangenheit
und Zukunft anstellen wollen, zu unlässigen Resultaten führen. Der Abg.
v. Schorlemer hat den verbündeten Regierungen den Vorschlag gemacht,
daß die Vorlage etwas überliefert zu Stande gekommen sei. Das ist
nicht richtig, die erste Vorlage datirt aus dem Jahre 1877. Sie gehörte
einer andern Gesetzgebungsperiode an, die einen glaubten damit die all-
gemeine Eingangsabgabe leicht einschieben, die anderen mittelst einer besseren
Statistik die unjenseitigen Zuständen gemachten Vorwürfe widerlegen zu
können.

Eigentlich hat es keinen Sinn mehr, eine neue Statistik zu machen, nach-
dem sich die Mehrheit für ein neues Zollsystem entschieden hat. Was soll
die Statistik zur Beleuchtung unserer Zollgesetzgebung helfen? Gegenüber
den schwachen Resultaten, welche die Statistik haben wird, darf der Handel,
der offenbar durch die neue Zollgesetzgebung schon stärker belastet wird, als
früher, nicht noch einer besonderen Belastung unterworfen werden. Der
§ 5, nach welchem für die Ausfuhr zur See der Bundesrat ausnahms-
weise eine achtjährige Declarationsfrist gewähren kann, muß vielmehr ver-
allgemeinert werden. Es kommen Fälle vor, wo man weder die Ausnahme-
vergütung verlangen, noch an den Bundesrat recurrir kann, z. B. wenn
ein Capitän eilig laden und auslaufen will. Wir müssen nicht ohne Noth
etwas von der Vergünstigung des Bundesraths abhängig sein lassen, da er
ja leicht der besonderen Pression übermächtiger Einflüsse unterliegt. Wir
wollen nicht ohne Grund die Hälfte Deutschlands bei dem Bundesrathe
antehamburgen lassen. Die statistische Gebühr ist schon so ziemlich verur-
theilt worden, der Handelsstand hat keine Vortheile, sondern nur die
Quälerei und Kosten davon. Die Statistik wird im Allgemeinen durch die
Leistungen des Handelsstandes verbessert, weshalb soll er dafür noch eine
Gebühr bezahlen. In keinem Lande der Welt besteht eine Gebühr zu diesem
Zwecke, in Italien und England ist sie abgeschafft, in Frankreich ist sie nach
amtlicher Auskunft nur eine Steuer, die regelmäßig 4—6 Millionen jährlich
einbringt. Die Commission wird also die statistische Gebühr ablehnen und
nur deutlich die Anmeldepflicht für den Kaufmann formuliren müssen.
Namentlich wird in dem Punkte der Verantwortlichkeit für die Waaren-
führer Wandel zu verbessern sein. Jedenfalls aber wird der Exportverkehr
durch diese statistische Erhebungen nur äußerst wenig belästigt werden
dürfen.

Abg. Moske: Ich begrüße den Gesetzentwurf insofern mit Freuden, als
er das Bestreben der Reichsregierung konstatirt, die großen Mängel der
jetzigen Waarenstatistik abzustellen. Diese Bestrebungen sind schon seit dem
Jahre 1869 vorhanden, wo der Bundesrat eine Commission einsetzte, um
eine bessere Basis für die Waarenstatistik zu gewinnen. Das vorliegende
Gesetz hat jedoch große principielle Mängel, die mich nur deshalb nicht be-
wegen, gegen dasselbe zu stimmen, weil ich ihre Abstellung augenblicklich für
unmöglich halte. Das Gesetz bezweckt nicht, wie es wünschenswert wäre,
eine Statistik des deutschen Waarenverkehrs, bei welchem auch die größeren
Städte in Betracht gezogen werden müßten, sondern nur eine Statistik über
den Waarenverkehr zwischen dem deutschen Zollgebiet und dem Auslande.
Der zolltechnische Ausdruck „ausländischer Waarenverkehr“ und die Zoll-
technik, welche dem ganzen Gesetz zu Grunde liegt, haben viele Unzutun-
gen desselben zur Folge gehabt. So werden die großen Vorarbeiten für
die Statistik nicht durch das statistische Amt, sondern durch Zollbeamte
vorgenommen. Dadurch bekommt die ganze Maßregel dem Handel und
Verkehr gegenüber einen chanclosen Anstrich. Ich hoffe, daß die Commission
diese Härte etwas mildern wird. Die Anmeldepflicht sollte von 8 Tagen auf
14 Tage erhöht werden, da die sofortige Anmeldung dem Abnehmer oft un-
möglich, für den statistischen Zweck aber nicht von Interesse ist. Die un-
entbehrliche Declarationspflicht sollte dem Empfänger und nicht dem Ab-
fender der Waaren auferlegt werden; auch das wird bei der zolltechnischen
Behandlung der Sache schwierig sein, es ist aber für eine gerechte Statistik
notwendig.

Neben der Colla muß auch eine Werthdeclaration stattfinden. Das
statistische Amt hält eine Werthstatistik nicht für unnütz, beifolgt sich
aber durch die nur zu falschen Resultaten führende Abschätzung des Werthes.
Handel und Verkehr werden durch die Declarationspflicht nicht gestört.
In meiner Vaterstadt, wo man solche Gesetze nicht macht, ohne die Vertreter
von Handel und Verkehr zu befragen, haben diese selbst ein Gesetz bean-
tragt, in welchem die Declaration nicht nur der Colla und des Werthes,
sondern auch der Gattung der Waaren, ihres Herkunfts und Bestimmungs-
ortes vorgeschrieben ist. Dieses Gesetz existirt, ohne ein Geschäft zu schä-
digen. Das ist aber nur möglich, wenn die ausführenden Beamten auf
Handel und Verkehr die nötige Rücksicht nehmen, und da dies im Zollverein
nicht immer der Fall ist, so wird die Commission hierauf Bedacht nehmen
müssen. Die Erhebung der Gebühr nach dem Gewichte trifft die schweren
Artikel in ungerechter Weise und kann den Export solcher Artikel, den wir
wünschen, z. B. der Kohle, schädigen. Man sollte die Gebühr mit 10 Pf.
für jede Declaration oder in ähnlicher Art erheben, aber nicht nach dem
Gewicht. Ich wünsche der Commission für dieses Gesetz anzugehören, mache
mir aber bei meinem jetzigen freierlichen Zustand außerhalb jeder Frac-
tion wenig Hoffnung darauf. (Seitertell.)

Die Vorlage wird hierauf einer Commission von 14 Mitgliedern über-
wiesen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. (Vertrag mit Samoa
und Zolltarif.)

Berlin, 14. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem
Kreisgerichts-Rath Richter zu Delitzsch, dem Kreisgerichts-Secretär, Haupt-
mann A. D. Stehlich zu Giesleben und dem Rittergutsbesitzer und Kreis-
deputirten Ritter zu Jallenberg im Kreise Ludau den Rothen Adlers-Orden
vieter Klasse; so wie dem Wundarzt Göke zu Dahme im Kreise Jüterbog-
Ludowalde das Kreuz der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von
Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat dem praktischen Arzte u. Dr. Böddicker
in Herlode den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.
Die Ernennung des ordentlichen Lehrers Dr. Köhl am Askanischen
Gymnasium in Berlin zum Oberlehrer ist genehmigt worden.

Berlin, 14. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und Königin.]
nahm heute früh militärische Meldungen, sowie die Vorträge des Kriegs-
Ministers und des Geheimen Civilcabinetts entgegen.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz]
wohnte gestern mit Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm den
Besichtigungen des Garde-Kürassier-Regiments, sowie des 1. Garde-
Dragoner-Regiments bei. Gegen Mittag statete Höchstersele Ihre
kaiserlichen Hoheiten den Großfürsten Alexis und Michael von Ruß-
land im russischen Hofschloßbesuche ab, verweilte kurze
Zeit in dem Atelier des Professors Richter und fuhr um 1 Uhr nach
dem Neuen Palais bei Potsdam. Nachmittags 6 1/2 Uhr traf Se.
kaiserliche Hoheit wieder in Berlin ein, verabschiedete sich auf dem
Anhalter Bahnhofe von Sr. kaiserlichen Hoheit dem Großfürsten
Michael und empfing den Professor Reuleaux. Den Thee nahm Höch-
stersele bei Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der
Großherzogin von Baden ein. Um 11 Uhr 15 Minuten nahm Se.
kaiserliche Hoheit der Kronprinz von dem Großfürsten Alexis, Kaiser-
liche Hoheit, auf dem Bahnhofe Abschied. (Reichsanz.)

— Berlin, 15. Juni. [Die wirtschaftlichen Vorlagen
und die Minister der Einzelstaaten. — Fürst Bismarck.

— Beratungen über die Gütertarifvorlage. — Eine
officiöse Auslassung über die Kriegsmarine. — Fraktions-
sitzung des Centrums. — Die reichsländischen Abgeord-
neten.] Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß die stimmungsführenden
Minister der Bundesstaaten für die Zeit, in der der Reichstag die
2. und 3. Lesung der Zoll- und Steuergesetze vornehmen wird, sich
in Berlin befinden und an den weiteren Beratungen theilnehmen
werden. In den Kreisen, welche dem Reichskanzler nahe stehen, sagt
man, der letztere werde nur noch die Wirtschaftszölle persönlich ver-
treten, dagegen die Vertheidigung der Finanzzölle den bundesstaat-
lichen Finanzministern überlassen. — Die bereits erfolgte Ankunft der
leitenden Minister von Württemberg und Baden gilt der Theilnahme
an der Beratung über das Gütertarifwesen, welche, wie bereits ge-
meldet, am Dienstag im Bundesrathe bevorsteht. Man wird nicht
irren, wenn man annimmt, daß die Hauptfrage, um welche es sich
zunächst handeln wird, darauf gerichtet sein möchte, festzustellen, wie
weit durch den vorgelegten Entwurf eine Abänderung der Reichs-
verfassung erforderlich ist. Wird diese Frage verneint, und
damit eine Entscheidung durch absolute Majorität möglich, so ist die
Annahme des Entwurfs gesichert, der dann sogleich an den Reichstag
gelangen würde. Ob der letztere nach einer so anstrengenden vier-
monatlichen Session sich noch in zwölfter Stunde entschließen möchte,
einen Entwurf von so weittragender Bedeutung zu debattiren, bleibt
freilich abzuwarten. Vorläufig sieht man mit begreiflicher Spannung
dem Ausgange der Dienstagssitzung des Bundesraths entgegen. —
Sehr bemerkt in weiteren Kreisen wird ein heute von der „Nordd.
Allg. Ztg.“ veröffentlichter officieller Artikel über neue Instruc-
tionen der deutschen Kriegs-Marine für die Geschwaderführung
auf offener See. Seit dem Berichte des Contre-Admiral
Batsch über den Untergang des Panzerschiffes „Großer Kurfürst“
ist der erwähnte Artikel die erste officiöse Kundgebung über die Ma-
rine. Es ist aus dem Artikel ziemlich ersichtlich, worauf sich die Be-
schwerdepunkte in dem Prozeß der gegen die Führer des verunglückten
Panzergeschwaders stützen, wenn in dem Artikel angeführt ist, daß der
Geschwaderchef verpflichtet ist, streng über die Qualifikation und Vor-
bereitung der Schiffcommandanten und Offiziere, über Vorbildung
und Leistungsfähigkeit der Schiffmannschaften zu wachen, das Schließen
und Definieren der wasserdichten Thüren und Schotten für den Fall
eines Zusammenstoßes vorzusehen und einzubüßen und die Fahr-Ge-
schwindigkeit und Distanz genau vorher zu bestimmen. Es konnte
nicht ausbleiben, daß hiernach auch Rückschlüsse auf jene Personen
gemacht werden, welche mehr oder weniger von einer Verur-
theilung bei dem neuesten Verfahren getroffen werden möchten. —
Das Centrum war heute Vormittag zu einer längeren Sitzung zu-
sammengesessen. Die Fraktion beschäftigt sich, wie wir hören, vor-
wiegend mit Formulirung der Anträge, welche sie in der Zolltarif-
commission über die constitutionellen und „föderalen“ Garantien zu
machen gedenkt. Wenn letztere in der That darin gefunden werden
sollen, daß der gesamte Ertrag aus den Finanzzöllen unter die
Einzelstaaten zur Deckung der Matricularbeiträge vertheilt werden
sollen, so ist un schwer abzusehen, wie sich die Reichsregierung und der
der übrige Theil des Reichstages dazu verhalten wird. Im Centrum
ist übrigens von einer Meinungsverschiedenheit auch nicht entfernt die
Rede. — Die Freunde höherer Kornzölle haben eine neue Bundes-
genossenschaft eingeleitet. Die Glas-Lothringer werden für sie
stimmen und dafür sind höhere Kornzölle von den Agrariern zu-
gesichert worden.

[Glückwünsche des österreichischen Hofes an das deutsche
Kaiserpaa.] Der Kaiser von Oesterreich Franz Josef I. hat, wie
das „Berliner Fremdbl.“ meldet, in einem eigenen Handschreiben dem
Kaiser Wilhelm und der Kaiserin Augusta seine und des gesammten
Habsburgischen Hauses wärmste und herzlichste Glückwünsche dar-
gebracht.

[Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. October 1878.]
Das Verbot der vom communistischen Arbeiterbildungsverein in London
herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ erjährt sich auch
auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Festzeitung“
zur Ausgabe gelangen.

Potsdam, 15. Juni. [Taufe.] Heute Nachmittag 1 1/2 Uhr
sah im Neuen Palais die Taufe der neugeborenen Tochter des erb-
prinziplichen Paares von Sachsen-Meiningen, des ersten Urentelkinds
Ihrer Majestäten, statt. Der Kaiser und die Kaiserin als Paten
wohnten der heiligen Handlung bei, ebenso die krongprinzlichen Herr-
schaften, die Eltern des Kindes, der Herzog von Coburg, sämt-
liche hier anwesende Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses,
auch die großherzoglich badischen Herrschaften, im Ganzen etwa hundert
Personen. Die Neugeborene erhielt die Namen Victoria, Augusta,
Marianne, Marie und wurde auf den Namen Feodora getauft, im
Andenken an die verlebene Herzogin von Sachsen-Meiningen. Die
Taufhandlung wurde durch den Prediger Persius vollzogen. Der kirch-
lichen Handlung folgte ein Déjeuner dinatoire.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. [Aus der Deputirtenkammer. —
Die Unterrichts- und die Finanzvorlage. — Aus dem Senate. — Zur
Rückkehr nach Paris. — Die Freilassung Blanqui's. —
Socialistischer Nationalcongreß in Marseille.] Die Kammer
wird am nächsten Montag mit der großen Angelegenheit dieser Session,
der Debatte über die Unterrichts- und die Finanzvorlage, den Anfang machen.
Aber zunächst lenkt sich die Aufmerksamkeit auf den Senat, der noch am
Schluß dieser Woche über die Rückkehr nach Paris zu entscheiden hat.
Am Sonnabend wird die obere Kammer darüber bestimmen, ob der
Congreß der beiden Versammlungen zu berufen ist, behufs Abschaffung
des 9. Verfassungsartikels, welcher der gesetzgebenden Gewalt die
Stadt Versailles als Residenz anweist. Wie bekannt, hatte Laboulaye
vor den Ferien einen Bericht erstattet, der sich gegen die Rückkehr er-
klärte und die Regierung hatte damals die Vertagung der Discussion
verlangt. Jetzt nach Ablauf von drei Monaten ist das Ministerium
mit der republikanischen Partei des Senats darüber einig, daß die
Angelegenheit spruchreif geworden ist, und der Justizminister hat in
der vorgestrigen Sitzung zu verstehen gegeben, daß die Regierung eine
Art von Zusatzproject abgefaßt hat, für den Fall, daß die Kammern
nach Paris zurückkehren. Laboulaye zeigte große Neugierde, dies Pro-
ject kennen zu lernen, indem er bemerkte, daß es unter den Advocaten
Sitte sei, einander die Projecten mitzutheilen, aber der Minister
seinerseits bewies wenig Neigung, die Nebenfragen zu erörtern, ehe
die Hauptfrage gelöst sei. Darin schloß ihm die Mehrheit des Senats
zuzustimmen und die gesammte republikanische Presse giebt ihm höchlich
Recht, insofern es bedauerlich wäre, die Rückkehr nach Paris direct
an gewisse Bedingungen zu knüpfen und sie zum Gegenstand eines
Tauschhandels zu machen. Man kennt gleichwohl schon im Wesent-
lichen den Inhalt des Regierungprojects. Dasselbe bestimmt, daß der
gesetzliche Aufenthalt der Kammern in Paris ist, daß aber jede Kammer
das Recht hat, sich in Versailles zu versammeln, wenn ihr Vorstand
es für gut findet, und daß der Congreß, die Vereinigung beider
Kammern jedesmal nach Versailles berufen werden muß. Dazu
kommen noch einige Bestimmungen, welche die Gesetzgeber gegen

etwalgelt Volksaufstand schützen sollen und die den Gesetzen von 1791
und 1848 nachgebildet sind, jedoch in mildernder Weise. Ueber die
Umgestaltung der Polizeipräfectur, von der vor drei Monaten so viel
die Rede war, ist in dem Project nichts gesagt. Die Regierung hält
sich nach wie vor in der Angelegenheit der Rückkehr einer Mehrheit
für gewiß, wenn auch einer kleinen, etwa 20 Stimmen. Im linken
Centrum finden sich nur noch vereinzelte Opponenten, unter diesen
Dufaure und Laboulaye. Man rechnet darauf, daß die Kammern
schon in der Herbstsession in Paris tagen werden. — Die Freilassung
Blanqui's ist der Veröffentlichung des Begnadigungsdecretes im „Amts-
blatt“ vorangegangen. Ohne Zweifel hat die Regierung einen Aufstand
am Bahnhof vermeiden wollen. Nur wenige Personen waren von
der Begnadigung in Kenntniß gesetzt. Vorgestern Abend um 10 Uhr
kündigte der Gefängnißdirector von Clairvaux Blanqui an, daß die Re-
gierung ihm seine Freiheit wiedergebe, daß er in der Frühe die Anstalt zu
verlassen habe. Zugleich wurde die Schwester des Gefangenen zu
ihm hinzugelassen. Man packte sofort die Koffer; um 3 Uhr Morgens
besiegte Blanqui und seine Schwester den Zug nach Paris, wo sie
um 10 Uhr Morgens ankamen. Beim Verlassen des Bahnhofes
wurde Blanqui von einigen Leuten erkannt; dieselben verhielten sich
jedoch ruhig. — In einer Arbeiterversammlung in Marseille hat man
geheim beschloffen, im September d. J. in dieser Stadt einen „social-
istischen Nationalcongreß“ abzuhalten.

Großbritannien.

* London, 10. Juni. [England und Afghanistan.] Der
bekannte Brief Fakub Khan an Lord Lytton vom 30. Mai lautet
nach einer Publication des englischen Ministeriums für Indien wört-
lich, wie folgt:

„Nach vorausgeschicktem Gruße werde Ew. Excellenz kund, daß ich seit
dem Tage meiner Ankunft im britischen Lager zu Gunbamul sehr glücklich
gewesen bin und ausnehmend zufrieden und dankbar bin für die mir von
den britischen Bevollmächtigten gewährte Aufnahme und Behandlung, die
ohne Zweifel gute Folgen haben und Früchte der Freundschaft, Einheit und
Eintracht tragen wird. Obwohl ich mich entschlossen hatte, nach Simla zu
kommen und mir das unendliche Vergnügen einer frohen Unterredung mit
Ew. Excellenz zu machen, mit der Absicht, freundschaftliche Beziehungen zu
stärken, verhinderte mich doch die Vereinigung dreier besonderen Umstände
an der Ausführung meiner Absicht. Diese waren an erster Stelle die starke
Sike, die das Reisen äußerst schwierig macht; zweitens das Vorhandensein
der Cholera, die nach dem göttlichen Geheiß in jenen Gegenden erschienen
ist, und drittens die im Inneren Afghanistans vorhandene Anarchie, der
zu begegnen das wichtigste aller Dinge ist. Nach Vollendung meiner Reise
durch das Land, während deren ich die Grenzen und Provinzen besichtigte
und gute Regierung einführen werde, beabsichtige ich, so Gott will, gegen
den Schluß der nächsten kalten Jahreszeit nach meinem Ziele mich aufzu-
machen und mit Ew. Excellenz eine frohe Begegnung zu haben, mit dem
Zwecke, die Grundlage der Freundschaft fester zu machen, die Bande der
Vereinigung und der Liebe in der passendsten und geeignetsten Weise enger
zu ziehen. Was könnte ich weiter schreiben, als meinen Ausdruck der
Freundschaft und des Wohlwollens?“

Folgendes ist die vom 4. Juni datirte Antwort Lord Lyttons:

„Mein geehrter und geschätzter Freund! Den freundschaftlichen Brief
Ew. Hoheit, datirt vom 30. Mai, habe ich empfangen. Es macht mir be-
sondernes Vergnügen, zu erfahren, daß Ew. Hoheit mit den Anordnungen
wohl zufrieden ist, die von den britischen Behörden zur Aufnahme Ew.
Hoheit und Ihres Gefolges in Gunbamul getroffen wurden. Mein Wunsch
war, daß alles Mögliche für die gastliche Aufnahme und Unterhaltung
eines so geehrten Gastes gethan werden sollte. Es würde mir sehr lieb
gewesen sein, wenn es Ew. Hoheit möglich gewesen wäre, Ihre gütige Ab-
sicht, mich in Simla zu besuchen, zu erfüllen, da ich überzeugt bin, daß
eine Begegnung höchst vortheilhaft gewesen sein würde für die engere
Schließung der Bande persönlicher Freundschaft und eine Bestätigung des
glücklichen Bündnisses, das nun zwischen den zwei Staaten geschlossen
worden ist, die von Ew. Hoheit erwähnten Hindernisse jedoch machen es
offenbar, daß aus verschiedenen Gründen die Reise jetzt nicht unternommen
werden kann. Nichtsdestoweniger rechne ich in Gemäßheit der Andeutung,
die Ew. Hoheit freundlicher Brief giebt, mit Zuversicht auf das Ver-
gnügen, Ew. Hoheit in kurzem zu mehr gelegenerer Jahreszeit in Indien
zu sehen.“

Provincial-Beitung.

—d. Breslau, 14. Juni. [Bezirks-Verein für die Schweidnitzer
Vorstadt.] Der Vorstand hat für die Vereinsmitglieder für die Sommer-
Saison wesentliche Vortheile ausgedrückt. Zu den Sinfonie-Concerten (Son-
ntag und Donnerstag) im Breslauer Concertsaal erhalten die Mitglieder
gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte in den Commandanten: S. Freuden-
thal, Neue Schweidnitzerstraße 13, und Ab. Schleh, Neue Taschenstr. 17
(Kaiserhof), Familienbillets zu 2 M. für 4 Personen und für jede Person
mehr ein Zusatzbillet à 50 Pf. — Bei der genannten Firma Freudenthal
sind ferner ermäßigte Billets für Vereinsmitglieder in das Volkstheater im
Deutschen Kaiser-Garten auf der Friedrich-Wilhelmstraße zu haben, und
zwar für den numerirten Platz statt für 75 Pf. für nur 50 Pf. und für den
ersten Platz statt für 50 Pf. für nur 30 Pf. — Zu Dampfverfabren nach
den Stationen im Oberwasser sind bei Herrn Freudenthal Billets tour und
retour statt 50 Pf. für nur 40 Pf., an Sonntagen für 50 Pf., Kinderbillets
tour und retour an allen Tagen für 20 Pf., außerdem Abonnementsbillets
zu 25 Billets für einfache Touren nach dem Zoologischen Garten für 3,50 M.
zu haben. — Ferner ist die Beschäftigung der neu errichteten Bernhard
Wohlfahrt'schen Schuhwaarenfabrik, Kaiser Wilhelmstraße Nr. 100, und
der Dampfbäder des Breslauer Consum-Vereins in Aussicht genommen.

+ [Ein schauderhaftes Familiendrama] ereignete sich, wie bereits in
kurzem in der gestrigen Sonntagsnummer erwähnt, in der Nacht vom
Freitag zum Sonnabend in der 3. Etage des Hintergebäudes Schickwerder-
platz Nr. 11, in welcher der Photograph Enals Speer mit seiner Frau
und 3 Kindern zur Miete wohnte. Der Genuß, welche mit Nahrungs-
sorgen zu kämpfen hatte und dadurch in die bitterste Noth gerieth, faßte
den ungeliebten Entschluß, sich und die Seinigen aus der Welt zu schaffen,
und den er auch vollführte. Am Tage vorher hat die Frau, die noch Wöch-
nerin war, die Dielen der Wohnung geschneit, die Fenster gepußt und sich
und die Kinder mit sauberer Wäsche bedeckt, ein Zeichen, daß sie mit dem
Entschlusse ihres Mannes einverstanden war, indem sie sich zum Tode fest-
lich schmückte. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat Speer eine Dosis Cyan-
kali in Bier geschüttet, und diesen Todesstrank den Seinigen zu trinken ge-
geben. Die älteste 4jährige Tochter, welche die übrigen Hausbewohner in der
Nacht um 12 Uhr laut schreien hörten, scheint sich geweigert, und das ihr vom
Vater mit Gewalt eingefüllte Bier wieder von sich gegeben zu haben, wie
die an den Betten ersichtlichen Spuren von Erbrechen beweisen. Speer
hat sich zuletzt vergiftet, wie aus einem zurückgelassenen an seinen
hierorts wohnenden Bruder gerichteten Briefe ersichtlich ist. In demselben
schildert er das Traurige seiner Lage, und wie ihn die Verzweiflung zu
dieser That getrieben habe, namentlich aber entwirft er ein entsetzliches Bild
der letzten Stunde, als er die Seinen habe sterben sehen müssen. — Am
Sonnabend Vormittag fiel es den Hausbewohnern auf, daß die Speer'sche
Wohnung verschlossen blieb und sich bis zur Mittagstunde Niemand mehr
erblicken ließ. Auf die erfolgte Anzeige wurde im Weissen des Revier-Bo-
lizei-Commissarius durch einen Schloßer die Thür der Wohnung gewaltsam
geöffnet, worauf die Leichen des Mannes, der Frau, des 2 Jahre und des
4 Wochen alten Kindes vorgefunden wurden. Das 4jährige älteste Mädchen
wurde lebend und gesund angetroffen; dasselbe hat vorläufig bei der Haus-
besitzerin in anerkennungswürdiger Weise eine liebevolle Aufnahme ge-
funden. Die vier Leichen wurden noch am demselben Abend zur gerichtlichen
Section nach dem königl. Anatomiegebäude geschafft. Speer war früher in
Namieß anständig, wo es ihm leidlich ergangen sein soll. Um seine Lage
zu verbessern, veräußerte er sein Domicil mit Berlin, woselbst er der dort herr-
schenden Concurrenz wegen nicht aufkommen konnte, und verarmte. Hierauf zog
er nach Breslau, und obgleich er von seinem hierorts wohnenden Bruder, einem
Buchbindermeister, nach besten Kräften unterstützt wurde, so gerieth er aus
Mangel an Beschäftigung immer mehr und mehr in Verfall. Da der Bru-
der die Familie nicht gänzlich erhalten konnte, so verlegte schließlich auch
diese Quelle. Eine Menge kleiner Schulden beim Bäcker, Fleischer, Wänd-
ler u. mögen beigetragen haben, die Lage der Familie zu verschlimmern
und da ihr nun auf Borg nichts mehr verabreicht wurde, so trat die Noth
in der entsetzlichsten Weise an die Familie heran. In Verzweiflung und

Schwermuth wählte Speer den Tod. — Das noch lebende 4 Jahre alte Mädchen weigerte sich gestern Abend von ihrer jetzigen Pflegerin Bier anzunehmen, da das gekochte Kind in dem Glauben befangen war, es sei wieder Gift darin enthalten, ein Beweis mehr, daß der Giftrant aus Bier bestand.

—i. [Unfall.] Gestern Abend halb 9 Uhr bei der Abfahrt des Dampfers „Balkan“ vom unteren Brühl am Zoologischen Garten war die Maschine nicht im Stande, das Schiff ins richtige Fahrwasser zu leiten. Die Gewalt des Stromes trieb das Schiff nach dem Strauchwehr der alten Oder, und nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß die zahlreichen Passagiere ziemlich rasch der augenblicklichen Lebensgefahr entzogen wurden. Mit Hilfe des ausgeworfenen Ankers kam das Vordertheil des Schiffes ganz nahe ans Ufer, während sich das Hintertheil an dem nächsten Eisbrecher festsetzte. Die Gewalt des Stromes brachte das Schiff in eine schiefe Lage und der entstömende Dampf gab den am Ufer stehenden zu traurigen Vermuthungen über Ued und Brand an Bord Veranlassung. Einige Herren wagten den gefährlichen Sprung ans Ufer und mit Hilfe Anderer wurden in verhältnißmäßig kurzer Zeit sämtliche Passagiere ans Land befördert. Daß die Angst und Verwirrung bei der augenblicklichen Gefahr eine große war, ist leicht erklärlich, und sicher ist es der Energie derjenigen zu danken, die vor Ueber-eilung warnen und kräftig in das Rettungswerk eingriffen, daß kein Unfall zu beklagen. Die Befahrung benahm sich der Gefahr entsprechend un-sichtig; nur scheint die Frage eine berechnete, ob bei so hohem Wasserstande ein Schiff von so schwacher Bauart nicht besser ganz außer Dienst zu stellen ist?

2 Reife, 14. Juni. [Hochwasser.] Heute Vormittag wurde von Glas telegraphisch Hochwasser abgelesen, welches denn auch zwischen 12 und 1 Uhr hier eintraf. Infolge der Meldung waren von Seiten des Pionnier-Bataillons alle möglichen Sicherungsmaßregeln an den Schleusen und den von der Ueberschwemmung bedrohten Festungswerken getroffen worden. Oberhalb der Stadt hat die Reife die Ufer verlassen und große Wiesen-flächen, im Bereich der Stadt die an beiden Ufern sich hingestreckten Pro-menaden überflutet.

33 Patzschau, 15. Juni. [Wassergefahr.] Wie Ihnen bereits be-richtet, war gestern unsere Vorstadt von früh bis Abends 11 Uhr in großer Wassergefahr. Um 9½ Uhr früh fing die Reife an zu steigen und gegen Mittag hatte dieselbe die Felder in einer unabherrschbaren Fläche überflutet und großen Schaden angerichtet. Bis 12 Uhr Nachts war die Straßen-verbinding nach dem Bahnhofe und Pioniersdorf unpassierbar. Der Schleife Hof, die Göltschstraße, die daranliegenden Häuser und sämtliche Mühlen standen unter Wasser. Die Bewohner dieses Stadttheiles waren genöthigt, die Wohnungen zu räumen. Seit Mitternacht ist das Wasser um 5 Fuß gefallen.

§ Ratibor, 15. Juni. [Groses Wasser.] Das Wasser der Oder hat heute Mittag 2 Uhr 6 Meter 20 Cm. Höhe erreicht und ist noch immer im Steigen begriffen. Hunderte von Menschen stehen auf den beiden Brücken, sowie an den Ufern entlang, um das grauliche Schauspiel, welches sich bietet, zu genießen. Referent hat große Fische, wie die Heiß in Ungarn, Don und Dniepr in Rußland, und Kion im Kaukasus gesehen, keiner der selben hat den Eindruck auf ihn gemacht, wie heut die Oder. Der Strom ist aber auch uferbott, was bei den gerade bei der hiesigen Stadt ziemlich hohen Ufern schon viel sagen will; die Wellen schlagen dicht an die an-grenzenden Straßen. Auf dem Wasser treibt Holz heran und einzelne Schiffer haben sich in ihren Rähnen auf das tosende Element gewagt um Holz, sowie Haushaltungsgeräthe, Karren etc., nach Möglichkeit zu bergen. An dem Schloßgarten hat das Wasser ein Loch in dem Ufer ausgewaschen und frönt durch einen sehr breiten Damm hindurch in das Innere des Gartens. In der Adler'schen Papier-Fabrik in Ostrog steht das Wasser im Hofe so hoch, daß das dort aufgestapelte Holz zum Schwimmen Neigung zeigt, dabei keine Aussicht auf halbwegs Fallen des Wassers. Referent war heut früh mit der Bahn nach Oderberg gefahren. Ueberall auf der Fahrt nahm er die schrecklichen Spuren der Verwüstung wahr. Zwischen Ratibor und Kreuzenort haben sich auf weite Entfernungen die Gewässer über die an-grenzenden Felder ergossen. An einzelnen erhöhten Stellen sieht man den Boden, dann wieder nichts als Wasser und Bäume. Am Schlimmsten sind die Bewohner von Oesterr.-Oderberg daran. Bei diesem Ort mündet die Olsa in die Oder und es strömen von Karwin und Leichen die Wasser mit rasender Schnelligkeit herbei. Der eigentliche Strom ist nicht mehr im Stande, die Wassermengen aufzunehmen und hat die Stadt Oderberg und die nicht hoch genug gelegenen Dörfer ganz unter Wasser gesetzt. Es ist ein schrecklicher Anblick; da, wo sonst die Menschen am Sonntag in die Kirche wallen, die schmutzigen gelben Fluthen sich durch die Straßen wälzen zu sehen. Der Post-Verkehr ist unterbrochen, denn man kann in die Stadt nicht hinein. Rähne sind nirgends zu sehen. Zwischen Oderberg und Annaberg ist zu beiden Seiten des Damms ein tosendes Meer. Von ein-zelnen Gebäuden ragen nur noch die Dächer hervor. Die Bäume ver-schwinden fast im Wasser. Es ist ein furchtbares Elend, das wieder namentlich über die Landbevölkerung hereingebrochen ist. Viele Bauern hatten bereits zum zweiten Male geackert und geerntet. Die Fluth raubt ihnen aufs Neue die Früchte ihres Schweißes. Die Straße zwischen Oderberg und Troppau soll nach Mittheilung von Reisenden ebenfalls schwer durch Ueberschwemmung heimgesucht sein. Der Verkehr auf der Mährisch-Schlesischen Central-Eisenbahn war, obiger Quelle zufolge, einige Zeit in Frage gestellt. Auf der Oberschlesischen Eisenbahn war derselbe am Freitag umweit Kreuzenort unterbrochen. Das Wasser hatte eine Fluthbrücke zerstört, es gelang jedoch dem mit einem zahlreichen Arbeiterpersonal sofort per Extrazug herbeigeleiteten Eisenbahn-Baumeister Handlung, die Strecke in wenigen Stunden wieder fahrbar zu machen. Im Dorfe Kreuzenort mußten einzelne Häuser geräumt werden, weil durch das Wasser den Bewohnern Gefahr drohte. Ebenso drang in Benschau das Wasser ca. 2 Fuß hoch in die Wohnungen, in ein Haus schlug der Blitz ein tödtete eine Frau und zerstörte das Mobiliar. Die Communication ist auch dort wieder gestört, da viele Brücken fortgerissen sind. In Ruberswalde ist ebenfalls ein Wollenbruch, mit nachfolgendem Hagelschlag niedergegangen und da bleibt unter solchen Umständen es gar nicht zu verwundern, wenn sich die Landwirthe die Zukunft in den schwärzesten Farben ausmalen. Deutschland wird wohl bald seine bekannte Opferwilligkeit in Sammlungen für die unglücklichen Ueberschwemmten befehlen müssen. Gott gebe nur, daß es nicht wieder aufs Neue regnet, wie es den Anschein hat.

Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 Breslau, 14. Juni. [Schwurgericht. — Vollendetes und versuchtes gemeingefährliches Verbrechen.] Der § 315 des Straf-gesetzbuches bestimmt, daß, wer vorsätzlich Eisenbahnanlagen, Beförderungs-mittel oder sonstiges Zubehör derselben verlegt, beschädigt oder auf der Fahrbahn durch falsche Zeichen oder Signale oder auf andere Weise solche Hindernisse bereitet, daß dadurch der Eisenbahnverkehr in Gefahr gesetzt wird, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft werden soll. Ist durch die San-ction eine schwere Körperverletzung verursacht worden, so tritt Zuchthaus-strafe nicht unter 5 Jahren und wenn der Tod eines Menschen die Folge war, Zuchthausstrafe nicht unter 10 Jahren oder gar lebenslängliche Zuchthausstrafe ein. Aus dem ersten Uinea dieses Paragraphen angeklagt, er-scheint, aus der Untersuchungssache vorgeführt, der 30 Jahre alte frühere Bahnwärter Gottlieb Schwarz aus Juliusburg. Derselbe war vom Juni 1875 bis August 1878 bei der Dels-Gesener Eisenbahn-Gesellschaft als Bahnwärter angestellt gewesen. In dieser Stellung gab er wegen wieder-holten Verlassens seines Postens ohne Urlaub, sowie wegen mehrfach vor-gemerkter Signalverfehlungen zu vielfachen Klagen Veranlassung, wes-halb man ihn, als das Wärtterpersonal reducirt wurde, aus seiner Stelle an dem Bahnwärterhaus Nr. 11 entließ, ihm aber offerirte, eine Hilfswärterstelle resp. als Streckenarbeiter Beschäftigung zu nehmen. Schwarz lehnte das Angebot ab. Nach der Anklage soll Schwarz zunächst in der Nacht vom 8. zum 9. December 1878 eine Barriere zerbrochen und die Ballenstraße freigegeben über die Schienen gelegt haben. Der Beweis ist hierbei nur durch Indicien geführt. Die Sache selbst verhält sich folgender-maßen: Circa 900 Meter vom Bahnhof Juliusburg entfernt, auf die Driftschiff-Groß-Graben zu an der Kreuzung des Weges von Juliusburg nach Hönigern lag früher die Bahnwärterbude Nr. 11. Die seit Entlassung des Schw. dort angebrachte Barriere besteht aus 2 Schlagbäumen, deren Schluß vermittelt einer zur Wärtterbude Nr. 10 führenden Drahtleitung befestigt wird. Stehen die Schlagbäume offen (also oben) so ist die Kraft eines einzelnen Mannes kaum im Stande, dieselben betatscheln.

Um sie zu senken muß entweder die Kurbelvorrichtung gedreht oder der Verbindungsdraht durchschnitten werden. Am Morgen des 9. December 1878 (eines Montags), etwa gegen 7½ Uhr fand sich der Oberwärter Wandrat auf Bahnhof Juliusburg zur Revision der Bahnstrecke ein. Der Wärtter-Juch meldete ihm, daß die erwähnte Zugbarriere zerbrochen sei. W. über-zeugte sich, daß der Draht, durch welchen die Schlagbäume in Bewegung gesetzt werden, fast genau in der Mitte durchschnitten und beide Schlagbäume etwa ¼ vom unteren Ende ab durchbrochen waren. Die 2 Meter langen

abgebrochenen Stücke lagen quer über den Schienen. Es liegt in der Natur der Sache, daß dieses Hinderniß geeignet war, einen jene Strecke passirenden Zug zu gefährden. Herr Abtheilungs-Baumeister Niedhöfer — welcher als Sachverständiger vernommen wird — folgert, daß nur eine mit den Bahneinrichtungen vertraute Person den Schaden verursacht haben könne, es gehört dazu eben die Kenntniß des Mechanismus der Barriere. Weil dieser Umstand auf Schw. zutrifft, nimmt die Anklage weiter an, daß diesem vorerst die That zuzutrauen sei, weil er durch jene Barriere, welche er bauen sah, seine Stelle verloren hat. Eine bei ihm vorgenommene Haus-suchung förderte eine scharfe Feile zu Tage, an welcher man Metallstückchen bemerkte, die erst bei allernähestem Gebrauche der Feile angefeilt sein konnten. Der Schloßmeister Meyer hat die Feile genau in den Durchschnitten des Drahtes passend gefunden, nach seiner Ansicht muß der Durchschnitten mit dieser oder einer ganz gleichen Feile erfolgt sein. Als Begründung für die That nimmt Herr Niedhöfer zunächst die durch die Verlosalocien des Schw. erwiesene Thatsache an, daß dieser von großem Haß gegen den Bahnmeister Volbt und Oberwärter Wandrat erfüllt ge-wesen und diesen durch das Zerbrechen der Barriere und Schaden bereiten gewollt. Schw. bestreitet, der Thäter zu sein. Erwiesen ist, daß er in der Nacht zum 9. December gegen 12 Uhr angetrunken nach Hause gekommen. Obgleich sein Hauswirth alsdann das Haus von innen verriegelte, ist doch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Schw. nochmals das Haus ver-lassen. Der Weg nach und von der Barriere würde im Ganzen etwa 1½ Stunde beansprucht haben. — Allgemein hatte sich der Verdacht auf Schw. geworfen. Als er eines Tages im Wirthshause sagte: „Ich bin ganz unglücklich, der Gram frist mich“, antwortete der Bahnwärter Wiede: „Warum hast du solche Streiche gemacht?“ Schw. schwieg und schlug die Augen nieder. Später suchte er den Verdacht auf den Bahnpostwärter Gärtners zu lenken. „Ich weiß, wer die Barriere zerbrochen“, sagte er einst in angetrunkenem Zustande, „Gärtners war der Macher und ich bin der Wohlthäter.“ Nach Ansicht der Zeugen meinte Schw. damit, er hätte dem Gärtners etwas für die That gegeben.

Am 29. Januar 1879, Nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, sah der Weichensteller Biffe auf dem Bahnhofe der Dels-Gesener Eisenbahn zu Dels einen Mann, der den Mantel eines Bahnbeamten trug, über die Schienen gehen und bei der Weiche Nr. 20 stehen bleiben. Der Fremde sah die Weiche oben an, um sie herumzubrechen. Da ihm dies nicht gelang, kniete er nieder, wahrscheinlich um den Verschluß der Weiche — einem in die Schienenheile gesteckten eisernen Bolzen — zu suchen. Dies gelang ihm nicht. Starren Schrittes entfernte er sich. Wandrat und Nitsche gingen ihm nach. Als der Bahnwärter Nitsche den Mann ein-geholt, erkannte man in ihm den jetzigen Angeklagten. Auf Befragen, was er an der Weiche gewollt, sagte Schw. zunächst, das ginge Niemanden was an, bequeme sich aber bald zu der Erklärung, „er habe die Weiche um-stellen gewollt, dieselbe habe falsch gestanden.“ In Untersuchungssache ge-nommen, sowie auch heute vor den Geschworenen wendete Schw. ein, „er habe gar nichts an der Weiche gemacht; nur weil er trunken des Weges gekommen und in Gefahr gewesen, zu fallen, da habe er sich an den Weichenbolz angehalten.“ Herr Baumeister Niedhöfer erläuterte an einem sehr sauber gearbeiteten Modell im Gerichtssaale die von Schw. damals vorgenommenen Manipulationen. Wäre dem Schw. das augenscheinlich beabsichtigte Umstellen der Weiche gelungen, so würde, im Fall der Fähr-der des nächsten Zuges die Weichenanlage nicht beachtet hätte, unfehlbar ein Entgleiten des Zuges erfolgt sein.

Herr Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs hält die Schuld des Angeklagten in beiden Fällen für zweifellos. Wenn auch in Betreff des ersten Falles nur ein Indicienbeweis geführt sei, so sind die einzelnen Verdachtsmomente doch ziemlich schwerer Natur. Selbst der Umstand, daß nur durch Fähr-lässigkeit desjenigen Bahnbeamten, welcher die Strecke vor Antritt jedes Zuges zu revidiren hatte, aus dem auf die Schienen legen der Schlagbäume eine Gefährdung des Zuges eintreten konnte, ergrüple denjenigen nicht, der das Verbrechen verübte. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Rade, plaidirte in beiden Anklagefällen wegen mangelnden Beweises auf Frei-sprechung.

Die Geschworenen verneinen die erste Frage bezüglich des vollendeten Verbrechens, bejahen dagegen den Versuch mit mehr als 7 Stimmen. Schw. wird zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurtheilt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Stettin, 15. Juli. Kurz vor dem Abgang des Dampfers „Drpheus“ von hier nach Königsberg i. Pr. explodirte heute früh der Kessel desselben. Von den Personen, welche sich auf dem Dampfer zur Zeit der Katastrophe befanden, sind bis jetzt 10 als Leichen aufge-funden worden.

Stuttgart, 14. Juni. Ministerpräsident v. Mittnacht ist heute nach Berlin abgereist, um an den Verhandlungen des Bundesraths theilzunehmen. — Morgen findet hier die feierliche Einweihung der neuen Garnisonkirche statt, welcher auch der König und die Königin beizuwohnen werden.

Baden-Baden, 14. Juni. Der Großfürst Michael Nicolajewitsch ist mit dem Erbgroßherzog und der Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Schwerin heute Mittag 1½ Uhr von Berlin hierher zurückgekehrt.

Wien, 14. Juni. Gegenüber den vor einigen Tagen ver-breiteten bezüglichen Mittheilungen hiesiger Blätter meldet die „Pol. Corresp.“, daß seitens der Vertretung des heiligen Stuhles dem Ministerium des Auswärtigen in Wien soeben von einer Depesche des Cardinal-Staatssecretär Nina an den päpstlichen Nuntius, Jacobini, Kenntniß gegeben wurde, welche einige Vorschläge in Betreff der Ordnung der hierarchischen Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina macht und der Würdigung der Regierung anheimlegt.

Weitere Meldungen der „Pol. Corresp.“. Aus Rom: Bei der hiesigen österreichischen Botschaft am italienischen Hofe ist über eine Berufung des Baron Haymerle nach Wien absolut nichts bekannt. Dagegen ist es richtig, daß Baron Haymerle wie alljährlich einen Urlaub im Laufe des nächsten Monats antreten wird. — Aus Belgrad: Fürst Donducoff-Korsakoff ist nach der Uebernahme der Districte Breznit und Tin als Ueberbringer eines Schreibens des Kaisers von Rußland an den Fürsten Milan in Nisch eingetroffen. Sermet Pascha hat dem Ministerpräsidenten Ristic gegenüber die Erklärung ab-gegeben, daß die Pforte nicht in der Lage sei, mit Serbien eine Consularconvention abzuschließen. Die serbische Regierung verweigert in Folge dessen die definitive Zustimmung zur Errichtung eines tür-kischen Generalconsulats in Nisch. — Aus Athen: Der französische Geschäftsträger hat die griechische Regierung davon benachrichtigt, daß seine Regierung entschlossen sei, bei den bevorstehenden Verhandlungen über die griechische Grenzfrage von dem 13. Protokoll des Berliner Vertrages nicht abzugehen. Photiades Bey kehrt nach Kreta zurück, ohne die Genehmigung der Beschlüsse der kretensischen National-Ver-sammlung von Seiten des Sultans erlangt zu haben.

Rom, 14. Juni. Die Deputirtenkammer hat die Vorlage der Regierung, durch welche der Stadt Florenz eine Entschädigung von 49 Millionen zugesprochen wird, nach einer mehrtägigen Debatte mit 185 gegen 115 Stimmen angenommen.

Paris, 15. Juni. Das „Journal officiel“ veröffentlicht die Er-nennung des ersten Secretärs der französischen Botschaft beim päpst-lichen Stuhle, Vicomte de Croix-Chanel, zum Gesandten in Kopen-hagen.

Verfaßtes, 14. Juni. Sitzung des Senats. Der Minister des Auswärtigen, Waddington, befürwortete die Vorlage, betreffend die Rückkehr der Kammern nach Paris und den Zusammenritt des Con-gresses ausschließlich zur Verathung über die Aufhebung des Verfassungs-Artikels, in welchem Verfaßtes zum Sitz der Kammern bestimmt ist. Schließlich verlas der Minister den Entwurf einer Resolution, welcher dem Congresse unterbreitet werden würde. Im Laufe seiner Rede betonte der Minister, daß die Regierung für die Aufrechterhaltung der Ordnung die Verantwortlichkeit übernehme, und wies auf die einge-tratene Beruhigung der Gemüther hin. Die Mäßigung der französi-

schen Demokratie während der Krisis im Jahre 1877 verdiene das Vertrauen der Regierung. (Beifall.) Der Finanzminister Leon Say wandte sich gegen den von anderer Seite gemachten Hinweis auf die Gefahren, zu denen der Municipalrath von Paris Anlaß geben könnte und erklärte, daß die Regierung den Gesetzen Geltung verschaffen werde. Laboulaye sprach gegen den Gesekentwurf. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Freppel, sprach für die Vor-lage und hob hervor, daß gegen die Rückkehr der Kammern nach Paris stimmen, soviel heiße, als einen Mangel von Vertrauen in die Regierung bekunden. Jules Simon befürwortete die Vorlage. Der Herzog von Audiffret-Pasquier sprach gegen den Gesekentwurf und warnte davor, die erworbenen Freiheiten den Leidenschaften von Paris auszuweisen. Der Senat beschloß mit 153 gegen 133 Stimmen, zur Discussion des einzigen Artikels des Gesekentwurfs überzugehen. Der Artikel wurde darauf mit 149 gegen 130 Stimmen angenommen.

Kopenhagen, 14. Juni. Die Session des Reichstages ist heute geschlossen worden.

London, 14. Juni. Der literarische Congreß hat den Prinzen von Wales, Lord Beaconsfield, Gladstone, Hallberg, Cotta, P. Heyse, Tokay und Longfellow in das Ehrencomite gewählt. Zum nächsten Congreß wurde Lissabon bestimmt.

Madrid, 14. Juni. In der heutigen Sitzung des Senates theilte der Ministerpräsident, Martinez Campos, mit, daß der Haupt-führer der Insurgenten von Carthagen begnadigt worden sei, weil er den Eid geleistet habe, während Ruiz Zorilla noch immer gegen die staatlichen Einrichtungen Spaniens conspirire. Der Minister fügte hinzu, daß die Regierung eine Politik der Versöhnung verlasse und daß man das Gesekene vergessen müsse.

Petersburg, 15. Juni. Der „Regierungsbote“ meldet: Die Untersuchung gegen den Staatsverbrecher Solowjew hat ergeben, daß derselbe im Verkehr mit einem Friedensrichter des Samarschen Ge-richtskreises gestanden hat; dies ist auch durch eine bei dem Friedens-richter vorgenommene Haus-suchung bestätigt worden, bei welcher im Besitze desselben verbotene Bücher und compromittirende Correspondenzen vorgefunden wurden.

Bukarest, 15. Juni. Das Organ der Regierung, der „Roma-nul“, fordert die Kammern auf, die Frage der Judenemancipation nunmehr möglichst schnell zu erledigen, um die politische Situation des Landes zu consolidiren, und weist darauf hin, daß jede Verzöge-rung dieser Angelegenheit die bestehenden Schwierigkeiten ver-gößern würde.

Washington, 14. Juni. Nach dem von dem Agriculturdeparte-ment erstatteten Berichte wird nach dem jetzigen Stande der Baum-wolle der Ertrag der Ernte auf 96 pCt. geschätzt. Die Entwicklung der Baumwolle ist gegen die normalen Jahre um etwa 14 Tage zurück. Das mit Baumwolle bepanzte Terrain hat um etwa 2 pCt. zugenommen. Der Ertrag der Getreideernte wird auf 90 pCt. ge-schätzt. Das mit Getreide bestellte Terrain hat eine Vergrößerung von etwa 4 pCt. erfahren.

(Aus Hirsch' telegraphischem Bureau.)

Wien, 15. Juni. Nach einer dem „Tagblatt“ aus Prizrend zu-gegangenen Meldung fand am 15. d. M. eine Versammlung alba-nesischer Notabeln behufs Organisirung eines energischen Widerstandes gegen etwaige Invasion österreichischer Truppen statt. Der türkische Gouverneur ließ die Versammlung frei gewähren.

London, 15. Juni. Die „Times“ findet das Gerücht von der beabsichtigten Abdankung des Khedive angesichts der gegenwärtigen politischen Situation durchaus glaubwürdig.

Köln, 15. Juni. [Die Einnahmen der Köln-Mindener Eisen-bahn] betrugen im Monat Mai 1879 a) auf der Hauptbahn z. M. 2,161,710, gegen dieselbe Zeit im Vorjahre plus M. 110,153, b) auf der Strecke Köln-Gießen incl. Rheinbrücken: M. 677,053, gegen dieselbe Zeit im Vorjahre minus M. 3095, c) auf der Strecke Venlo-Hamburg: M. 1,377,170, gegen dieselbe Zeit im Vorjahre plus M. 80,293. Die Total-Einnahme auf dem vorbezogenen Bahnen betrug im Monat Mai 1879: M. 4,215,933 gegen das Vorjahr plus M. 187,351 und bis ultimo Mai 1879 plus M. 364,036.

Köln, 15. Juni. [Die Einnahmen der Rheinischen Eisenbahn] betrugen im Monat Mai d. J. im Personenverkehr 2192 M., im Güterverkehr 200,160 M., zusammen 202,352 M. mehr als im Mai des vorigen Jahres. Vom 1. Januar bis Ende Mai d. J. betrug die Mehreinnahme gegen den-selben Zeitraum des vorigen Jahres 293,186 M. — Die Einnahmen der Eisenbahn betrugen im Monat Mai d. J. 15,750 M. mehr als im Monat Mai des vorigen Jahres und vom 1. Januar bis Ende Mai d. J. 19,710 Mark weniger als in demselben Zeitraum des vorigen Jahres.

Salle-Sorau-Gubener Eisenbahn.

Die Einnahmen pro Monat Mai 1879 betrugen (provisorisch ermittelt):
1) aus dem Personen-Verkehr 92,843 Mark
2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr 361,377 „
3) aus den Extraordinarien 14,228 „

Summa pro Mai. . . 468,448 Mark.

Die Einnahme pro Mai 1878 beträgt definitiv 463,200 „

Mithin pro 1879 mehr. . . 5,248 Mark.

Einnahme bis Ende Mai 1879 2,243,515 „

„ „ „ „ 1878 2,162,208 „

Mithin pro 1879 mehr. . . 81,307 Mark.

Landsberg a. W., 14. Juni. [Vollmarkt.] Die Zufuhren sind schließlich bis auf 6000 Ctr. gestiegen. Die Wätschen sind befriedigend, Preise 3—5 Thlr. höher. Der Markt ist beendet.

G. F. Magdeburg, 13. Juni. [Marktbericht.] Auch in dieser Woche war das Wetter schön und warm und es fehlte nicht an durchdringen-dem Regen. Ueber das Getreidegeschäft können wir nur das in der Vor-woche Gesagte wiederholen; die guten Qualitäten haben sich ziemlich im Preise behauptet und fanden Absatz, während die geringen nur schwerfällig abgingen und häufig erst nach meistentheils Preisnachlässen seitens der In-haber. In Weizen fanden nur kleine Umsätze statt, und notiren wir für erste Sorten. Roggen wurde noch immer lebhaft zugeführt und fand gute trodene Waare Absatz zu Preisen von 140—144 M. pr. 1000 Kilogramm gute Landwaare 190—194 M., für Rauhweizen 176—180 M. pr. 1000 Klg. frei Eisenbahn hier, Klammer und riegender so wie russischer Roggen un-beachtet, zu Preisen von 136—127 M. pr. 1000 Klg. erlassen. In Gerste zeigte sich lebhaftere Kauflust und haben sich dadurch die Bestände ziemlich gelichtet, Chevaliergerste 160—185 M., gute Langgerste 147—152 M., Futter-gerste 128—135 M. pr. 1000 Klg. Hafer in guter Qualität 145—150 M. pr. 1000 Klg. von Consumenten bezahlt, geringere Sorten bis abwärts 133 M. käuflich. Mais matt und viel angeboten, aus hier stehenden Ladungen wird bunte amerikanische Waare a 112—113 M. pr. 1000 Klg. frei Eisen-bahn erlassen. Hülsenfrüchte still, wir notiren für Victoria-Erbisen 155—180 M., für Futter-Erbisen 138—142 M., Wicken 125—150 M., blaue und gelbe Lupinen 85—100 M. für 1000 Klg. Delfaaten ohne Handel da die Forberungen meist mit den Preisen der Ruchen und des Dels nicht in Einklang stehen; aus diesem Grunde blieben auch die Offerten in böhmischem und sächsischem Raps auf Herbstlieferung zu Preisen von 275—270 M. pr. 1000 Klg. unberücksichtigt. Rüböl 58—58,50 M. Mohöl 100—105 M. Rapskuchen 13,25—14 M. Gebarte Eidoriemurgen und gebarte Rüben-murgen 16 bezw. 14 M. für 100 Klg. loco so wie auf Herbst-Lieferung er-lassen. Spiritus hat den kleinen Aufschwung im Preise, den derselbe in voriger Woche genommen hatte, fast gänzlich wieder verloren, während das Geschäft im Allgemeinen seinen schleppenden Gang nicht veranbert hat. Karloffspiritus loco ohne Faß 53—53,25—53—52,80 M. pr. 10,000 ½ be-zahlt, gelagerte Waare ½ M. höher, auf Termine vollständig geschäftslos. Rübenspiritus loco 51½—51½ M. bezahlt und Brief, pr. Juni—October 52 M. Brief, pr. Juli—September 52½ M. Brief.

Pächter halb oder später zu pachten
 gesucht. Offerten unter E. G. 69 an
 die Expd. der Bresl. Btg. [2220]
 In Vertretung: Carl Prohl,
 Brud von Graf, Barth u. Comp.
 (B. Friedrich) in Breslau.